

NIEDERSCHRIFT HFA/0016/2016

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 28.04.2016 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Roman Gerding
Herr Carsten Rampe
Herr Winfried Heymanns

Vertretung für Herrn
Thomas Tauber

Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Jürgen Erfmann
Herr Rainer Murche
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Fraktionsantrag der SPD vom 23.04.2014
hier: Organisationsgutachten Verwaltung**
Frau Dirks erläutert den Verwaltungsvorschlag.

Frau Mollenhauer überrascht der Vorschlag der Verwaltung, die Kommunikation zwischen Rat und Verwaltung aufzuarbeiten, wo doch in den letzten Sitzungen fraktionsübergreifend deutlich gemacht worden sei, woran es hapere. Um speziell dieses Thema aufzuarbeiten, werde keine externe Institution benötigt. Hierfür reiche es aus, wenn miteinander gesprochen würde.

Herr Rampe stellt klar, dass es in dem SPD-Antrag nicht um die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung gehe, sondern darum, wie die Verwaltung zukunftsfähig aufgestellt werden könne. Er bitte das ernst zu nehmen und jetzt einzelne Bereiche durchzugehen. Die Sitzungsvorlage und der Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprächen nicht dieser Intention.

Frau Rawe macht deutlich, dass sie die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung vollkommen abgekoppelt von dem Organisationsgutachten sehe. Sie könne verstehen, dass in diesem Jahr auf eine Organisationsuntersuchung verzichtet werden soll, dennoch sollten jetzt schon Zeitpunkte und Bereiche, mit denen gestartet werde, festgelegt werden, so dass im nächsten Jahr in der angedachten Form begonnen werden könne.

Herr Brockamp ist der Auffassung, dass in diesem Jahr wegen der anstehenden vielfältigen Aufgaben kein Organisationsgutachten durchgeführt und auch kein Zeitplan festgelegt werden sollte. Im Übrigen sei die Bürgermeisterin für die Zusammenarbeit zwischen Rat und Verwaltung zuständig.

Herr Geuking führt an, dass über eine kleine oder große Organisationsuntersuchung diskutiert wurde und er sich schon damals für die große Variante ausgesprochen habe. Des Weiteren verstehe er nicht, warum das Gutachten in die Zeit gestellt werden solle. Gerade wenn die Verwaltung gefordert sei, könnten am besten Arbeitsabläufe erkannt und begutachtet werden.

Herr Rampe äußert Verständnis, dass die Verwaltung aufgrund der aktuellen Aufgaben genug zu tun habe, er gebe aber Herrn Geuking Recht, dass eine Untersuchung gerade dann Sinn mache, weil sich dann auch die Schwachstellen offenbarten. Im Übrigen stimme er dem Vorschlag von Frau Rawe zu, zumindest in 2016 eine Phasenplanung durchzuführen. Wenn immer nur geschoben werde, werde am Ende gar nichts mehr umgesetzt.

Herr Schlieker spricht sich ebenfalls für die Erstellung einer Phasenplanung in 2016 aus. Diese Planung sollte dann auch nicht wieder gestoppt werden; in 2017 sollte das Organisationsgutachten in Angriff genommen werden. Im Übrigen glaube er, dass die Kommunikationsdefizite zwischen Rat und Verwaltung von persönlichen Misstönen herrührten und nicht auf organisatorische Gründe zurückzuführen seien. Deshalb rege er ein interfraktionelles Gespräch auch mit den Vertretern der FDP und der

Familien-Partei an. Wenn es dann nicht gelinge, in diesem Bereich weiter zu kommen, könne immer noch über eine externe Hilfe nachgedacht werden.

Herr Geuking weist darauf hin, dass noch über die große oder kleine Variante entschieden werden müsse.

Frau Mollenhauer erinnert daran, dass die 4 Anbieter, die sich im Ausschuss vorgestellt haben, nicht überzeugt hätten. Aber alle Anbieter hätten darauf hingewiesen, dass sie auf die Unterstützung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angewiesen seien. Da diese derzeit stark ausgelastet seien, sei das kaum zu leisten. Deshalb sollte die Erstellung des Gutachtens um ein Jahr vertagt werden.

Frau Rawe weist darauf hin, dass über eine große oder kleine Lösung nicht mehr abgestimmt werden müsse, da mehrheitlich die große Lösung bereits abgelehnt wurde, da sie zu teuer sei und nicht das erhoffte Ergebnis bringen werde. Das hätten so auch alle Dienstleister kommuniziert. Wenn man jetzt nicht anfangen zu planen, werde man auch im nächsten oder übernächsten Jahr nicht beginnen.

Herr Rampe macht deutlich, dass er strikt gegen eine nochmalige Verschiebung sei. In den Beratungen sei die kleine Lösung, auch auf Anraten der Dienstleister favorisiert worden. Die SPD habe auch bereits eine Tendenz gehabt, welches Büro beauftragt werden soll. Verwaltungsseitig sei darauf hingewiesen worden, dass es nur wenig Anbieter auf dem Markt gebe. Jetzt müsse man wissen, welche Kosten auf die Stadt zukommen und spätestens in der nächsten Sitzung müsse man über die Phasenplanung reden.

Herr Ahlers weist darauf hin, dass bisher noch nicht erörtert wurde, welches Angebot in Frage komme. Keiner der Anbieter habe die CDU überzeugt. Die Ansätze seien zu vage gewesen.

Frau Rawe schlägt vor, zumindest festzulegen, ob die kleine oder große Lösung beauftragt werden soll. Des Weiteren sollte darüber abgestimmt werden, ob dieses Jahr zumindest die Planung angegangen werde. Darüber hinaus sollte die Verwaltung nach weiteren Anbietern suchen.

Frau Dirks fasst zusammen, dass also die kleine Lösung gewollt sei und sich die Verwaltung nach weiteren Anbietern umsehen solle, die sich dann im Ausschuss vorstellen sollen. Darüber hinaus sollen die jetzigen Anbieter ihr Angebot konkretisieren. Danach soll eine Vergabe erfolgen.

Herr Schlieker möchte darüber hinaus als Ziel formulieren, dass 2017 auch wirklich eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werde.

Er könne heute nicht über eine große oder kleine Lösung abstimmen, so Herr Dr. Meyring. Alles, was bisher vorgestellt wurde, sei zu vage, er müsse wissen, ob es noch einen Weg zurück gebe.

Herr Rampe gibt zu bedenken, dass eine Entscheidung über die große oder kleine Lösung getroffen werden müsse, da hiervon auch die Kosten abhängig seien. Wenn es noch andere Anbieter auf dem Markt gebe, sollte diese auch noch angehört werden.

Herr Messing wirft ein, dass bekannt sei, dass die große Lösung 100.000,-- € koste. Von allen Anbietern habe man gehört, dass die große Lösung von den meisten Verwaltungen nicht mehr angegangen werde. Außerdem stehe nur ein begrenztes Budget in Höhe von 25.000,-- € zur Verfügung.

Herr Dr. Meyring möchte zur nächsten Sitzung beantwortet haben, was man von einem Organisationsgutachten habe und was passiere, wenn es nicht erstellt werde.

Frau Dirks fasst schließlich das Ergebnis der Diskussion mit der Formulierung folgenden Beschlusses zusammen:

Beschluss:

Ein Organisationsgutachten Verwaltung wird erstellt, hierzu soll in einer 1. Stufe eine Stärken- und Schwächen-Analyse in Auftrag gegeben werden. Alle bisherigen Anbieter werden um eine Konkretisierung ihres Angebotes gebeten. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, auf dem Markt nach weiteren Anbietern zu suchen, die sich ebenfalls im Ausschuss vorstellen sollen.

Schließlich sollen alle Anbieter die von Herrn Dr. Meyring formulierten Fragen beantworten.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Antrag der SPD-Fraktion vom 16.11.2015

hier: Unterstützung der Freifunk Initiative Münsterland

Herr Messing berichtet, dass sich die Verwaltung zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits mit der Freifunklösung beschäftigt habe. Im vergangenen Jahr seien das Rathaus, die LAWI und nach und nach die Flüchtlingsunterkünfte mit WLAN ausgestattet worden, um den Bewohnern Kontakt zu ihren Angehörigen zu ermöglichen. Darüber hinaus werde es in absehbarer Zeit am Bahnhof und im Freibad im Bereich des Kinderbeckens und auf Teilen der Wiese ein offenes WLAN-Netz geben. Auch der Wohnmobil-Stellplatz werde entsprechend ausgestattet.

Zurzeit würden Gespräche mit Mitgliedern von „Billerbeckerleben“ geführt, eine Informationsveranstaltung solle durchgeführt werden.

Seitens der Schulen werde freies WLAN abgelehnt, weil die Schüler dann vermutlich während des Unterrichtes und in Pausen nur noch ihr Smartphone oder Tablet nutzen.

Frau Dirks teilt ergänzend mit, dass es auch bereits eine Reihe von privaten Freifunk-Routern gebe, z. B. an der Schmiedestraße oder im Sportpark Helker Berg. Freifunk garantiere die Freistellung von allen haftungsrechtlichen Fragen. Es handele sich um eine tolle Initiative, an der sich

möglichst viele Menschen beteiligen sollten.

Beschluss:

Die Initiative Freifunk Münsterland wird seitens der Stadt Billerbeck aktiv unterstützt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Mitteilungen

3.1. Projektmanagement Leader - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass mittlerweile das Projektmanagement für die 2. Phase Leader vergeben wurde. Den Zuschlag habe die einzig vorliegende Bewerbung des Büros von Herrn Alexander Jägers bekommen. Er werde sich hier noch vorstellen und über die aktuellen Themen berichten.

3.2. Eröffnung Präsentationsjahr Regionale 2016 - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass am morgigen Freitag das Präsentationsjahr der Regionale 2016 durch die Ministerpräsidenten Frau Hannelore Kraft in Coesfeld eröffnet werde.

3.3. Aufnahme in das JeKits-Programm - Frau Dirks

Frau Dirks teilt mit, dass die Ludgerischule ab dem Schuljahr 2016/17 an dem JeKits-Programm („Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“) teilnehmen werde. Das Programm werde demnächst im Fachausschuss vorgestellt.

4. Anfragen

4.1. Aktuelle Flüchtlingssituation - Herr Dr. Meyring

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meyring berichtet Frau Dirks über die aktuelle Flüchtlingssituation. Sie teilt mit, dass in den vergangenen Monaten keine Zuweisungen erfolgt seien, es aber Familiennachzüge gegeben habe. Aktuell lebten in Billerbeck 269 Flüchtlinge. Unterbringungsprobleme gebe es derzeit nicht. Demnächst sei aber wieder mit weiteren Zuweisungen zu rechnen. Die Zusammenarbeit im Netzwerk für Flüchtlinge laufe sehr gut. Großes Interesse bestehe an den Sprachkursen. Seitens der Stadt Billerbeck seien 50 Flüchtlinge zum Integration-Point angemeldet worden. Gut klappe es auch an den Schulen, insbesondere an der

Grundschule sei der Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V. sehr aktiv, nachmittags werde eine Hausaufgabenbetreuung angeboten. Zudem konnten viele Kinder in verschiedene Vereine vermittelt werden. Außerdem gebe es ein von Ehrenamtlichen organisiertes Fahrsicherheitstraining.

Problematisch sei, dass ein Großteil der in Billerbeck lebenden Flüchtlinge nur die sog. BüMA-Bescheinigung (Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender) hätten. Die BüMA gelte als Identitätsdokument und weise nach, dass sich die Person in Deutschland befindet, um einen Asylantrag zu stellen, aber noch in keinem laufenden Asylverfahren ist. Die Menschen seien sehr frustriert, weil sie noch keinen Asylantrag stellen könnten. Da solle sich aber in absehbarer Zeit etwas tun.

4.2. Baustellensituation in Billerbeck - Herr Rampe

Herr Rampe bittet um Mitteilung, wie lange die Baustelle an der Darfelder Straße noch andauere.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass sich die Baustelle immer wieder verzögert habe. Nach seinem Kenntnisstand sollen die Bauarbeiten bis zum 20. Mai 2016 beendet sein. Bis zum 1. Juni 2016 müssten sie aber auf jeden Fall beendet sein, weil dann die Bauarbeiten im Bereich des Sportparks am Helker Berg beginnen werden.

4.3. Fahrbahnmarkierung im Bereich Kock - Herr Rampe

Herr Rampe weist darauf hin, dass die Fahrbahnmarkierung immer noch nicht aufgebracht wurde. Es wäre schön, wenn die Verwaltung diesbezüglich beim Landesbetrieb nach einem Termin fragen würde.

Im Übrigen wolle er bei einer Anfrage eine Antwort von der Verwaltung bekommen und nicht - wie geschehen - auf eine Pressemitteilung verwiesen werden.

Herr Mollenhauer führt aus, dass er zu dem Zeitpunkt nichts anderes gewusst habe, als das, was in der Presse nachzulesen war.

Im Übrigen, führt Herr Messing aus, habe der Landesbetrieb auf Nachfrage mündlich zugesagt, dass noch vor den Sommerferien eine Lösung mit dem bauausführenden Unternehmen gefunden werden soll. Hier seien auch Gewährleistungsansprüche zu berücksichtigen.

4.4. Ansiedlung eines Drogeriemarktes - Frau Mollenhauer

Auf Nachfrage von Frau Mollenhauer zur Ansiedlung eines Drogeriemarktes teilt Frau Dirks mit, dass sie weiter am Ball sei. Zudem sei der Lenkungskreis Citymanagement nach wie vor dabei, einen Betreiber zu suchen. Die Informationsveranstaltung zu dem Thema werde noch stattfinden.

Frau Mollenhauer regt an, in der Übergangszeit einmal wöchentlich eine Fahrt mit dem Bürgerbus nach Nottuln anzubieten.

Zu dem Einwand von Herrn Gerding, dass damit der Abfluss von Kaufkraft nach Nottuln gefördert würde, macht Frau Dirks deutlich, dass dies sicherlich nicht aktiv betrieben werde und kein Taxi-Bus oder Bürgerbus eingesetzt werden, damit die Bürger im Umland einkaufen können.

4.5. Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinden bzgl. gewerblicher Tierstelle und Biogasanlagen - Herr Schlieker

Herr Schlieker bezieht sich auf eine Pressemitteilung, nach der Gemeinden aufgrund einer neuen Verordnung Steuerungsmöglichkeiten für gewerbliche Mastbetriebe und Biogasanlagen an die Hand gegeben werden sollen. Danach könnten diese Betriebe dann nur noch in Gewerbegebieten entstehen. Er bitte die Verwaltung, über diese neuen Möglichkeiten im Fachausschuss zu berichten.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass es sich um eine noch nicht beschlossene Gesetzesvorlage handele.

Frau Dirks merkt an, dass die Verwaltung die Entwicklung verfolgen und in einem der nächsten Ausschüsse berichten werde.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin